



**Niederschrift  
zur 8. Sitzung  
des Sozialausschusses  
am 08.11.2011  
um 17:00 Uhr im Ratssaal**

**Tagesordnung**

**I. Öffentlich**

- |   |   |
|---|---|
| 1 | Einwohnerfragestunde  |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 14.06.2011   |
| 3 | 07 - 15 0563/2011 Informationen über das Bildungs- und Teilhabepaket;<br>(siehe auch Fragen des Ratsmitgliedes Nellissen)   |
| 4 | 07 - 15 0564/2011 Informationen zur Schulsozialarbeit   |
| 5 | 07 - 15 0565/2011 Sachstandsbericht zum SGB II: Fallzahlen, Vermittlungen, Integ-<br>rationsbudget, Schwerpunkte;<br>(siehe auch Fragen des Ratsmitgliedes Nellissen) |
| 6 | Bericht der Verwaltung zu den Apothekennotdiensten  |
| 7 | Mitteilungen und Anfragen   |
| 8 | Einwohnerfragestunde  |

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Ute Sickelmann

Die Mitglieder

Herr Gerd-Wilhelm Bartels

Frau Margrit Bongers

(für Mitglied Zapp)

Frau Sandra Bongers

Herr Jürgen Brockmann

Herr Christoph Byloos

Frau Brigitte Hebben

Frau Karin Heering

Frau Gabriele Hövelmann

(für Mitglied Gertsen)

Frau Marianne Lorenz

Frau Edith Meisters

Frau Birgit Offergeld

Herr Wolfgang Schmitz

(für Mitglied Prehn)

Frau Anja Schulte  
Frau Sultan Seyrek  
Frau Birgit Sloot  
Frau Elke Trüpschuch

Von der Verwaltung

Herr Johannes Diks	Bürgermeister
Herr Hans Sterbenk	
Herr Arnfried Barfuß	
Frau Gisela Kohnen	Schriefführerin

Entschuldigt fehlen:

Die Mitglieder

Herr Gerhard Gertsen  
Herr Patrick Prehn  
Frau Danielle Zapp

Vor der Sitzung wurde die Obdachlosenunterkunft an der Tackenweide besichtigt.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr. Sie begrüßt die Zuhörer, die anwesenden Damen und Herren des Ausschusses, der Verwaltung und der Presse.

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen ist. Änderungen und Ergänzungen werden seitens der Ausschussmitglieder nicht gewünscht. Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet die Vorsitzende den sachkundigen Bürger Wolfgang Schmitz.

**I. Öffentlich**

**1. Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

**2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 14.06.2011**

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Sie wird von der Vorsitzenden und der Schriefführerin unterzeichnet.

**3. Informationen über das Bildungs- und Teilhabepaket;  
(siehe auch Fragen des Ratsmitgliedes Nellissen)  
Vorlage: 07 - 15 0563/2011**

Herr Sterbenk erläutert die Vorlage. Mit den Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sollen Kinder aus bedürftigen Familien unterstützt werden und vor allem nicht von Kultur, Sport und Freizeitmöglichkeiten ausgeschlossen werden. Die Antragsflut sei nicht so groß wie erwartet, obwohl die neuen Antragsmöglichkeiten über die Medien publik gemacht worden seien. Auch mit den Schulsozialarbeitern seien Gespräche geführt worden. Er führt weiter aus, dass die Zuständigkeit sowohl für die SGB II-Bezieher als auch für die Empfänger von Wohngeld und Kinderzuschuss beim Job Center liegt.

Hinsichtlich der Anträge auf Übernahme der Vereinsbeiträge habe man ein höheres Antragsaufkommen erwartet.

Nach den Ausführungen von Herrn Sterbenk fragt die Vorsitzende, ob die Ausschussmitglieder noch weitere Fragen haben. Mitglied Brockmann möchte wissen, nach welchen Vorgaben – Richtlinien des Kreises Kleve im Forum oder Arbeitshilfe des Landes NRW – die Anträge auf Bildungs- und Teilhabeleistungen bearbeitet werden. Herr Sterbenk führt aus, dass die Richtlinien hierzu seitens des Kreises nahezu täglich aktualisiert werden.

Mitglied Brockmann fragt weiter nach, ob auch die Vereine über die Möglichkeiten, die das Bildungs- und Teilhabepaket bietet, informiert wurden. Herr Sterbenk teilt mit, dass ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Stadtsportverbandes geführt wurde und dass dieser die Informationen weitergegeben hat.

Mitglied Sloat betont den sozialen Aspekt von Vereinszugehörigkeit und fragt nach der Möglichkeit, dieses über Schulsozialarbeit zu forcieren. Herr Sterbenk führt aus, dass hierzu unter dem nächsten Tagesordnungspunkt Ausführungen gemacht werden.

Bürgermeister Diks teilt mit, dass die Vereine bei der Jahreshauptversammlung über das Teilhabepaket informiert wurden.

Mitglied Bartels fragt, ob die Vereinsmitgliedschaft komplett bezahlt wird oder ob es nur anteilige Zuschüsse gibt. Hierauf teilt Herr Sterbenk mit, dass es pro Monat 10 € gibt. Für Musikunterricht beispielsweise reiche der Betrag nicht aus, so Herr Bartels zum „Gießkannenprinzip“.

Die Vorsitzende fasst zusammen, dass der Sozialausschuss es begrüßt, wenn möglichst viele Kinder Vereinen beitreten. Auf ihre Frage, ob der Betrag von 10 € auch für die Lernförderung gelte, antwortet Herr Sterbenk, dass es da keine Deckelung gebe. Die bisher geringe Zahl der Anträge auf Lernförderung erklärt Herr Sterbenk damit, dass Lernförderung erst nach dem nächsten Halbjahreszeugnis an Bedeutung gewinnt, da Voraussetzung hier ist, dass die Versetzung gefährdet ist. Frau Sickelmann bittet darum, Eltern, die sich Lernförderung nicht leisten können, hierüber zu informieren. Auch hier verweist Herr Sterbenk auf den Tagesordnungspunkt Schulsozialarbeit, in dem dieser Aspekt behandelt wird.

### **Beschlussvorschlag**

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

#### **4. Informationen zur Schulsozialarbeit Vorlage: 07 - 15 0564/2011**

Herr Sterbenk teilt mit, dass pro Jahr 123.000 € für die Schulsozialarbeit zur Verfügung stehen. Die Gelder fließen in den Jahren 2011 bis 2013. Danach stehen hierfür keine Gelder mehr zur Verfügung. In Emmerich wird der Bereich Schulsozialarbeit durch Fachbereich 7 - Arbeit und Soziales - in Kooperation mit Fachbereich 4 - Jugend, Schule und Sport – bearbeitet.

Herr Barfuß nennt die Grundsätze, die bei der Schulsozialarbeit beachtet werden sollen.

Bürgermeister Diks weist darauf hin, dass mit den nun eingeleiteten Maßnahmen ein Erwartungshorizont aufgebaut wird. Der Bund gehe davon aus, dass die Maßnahmen auch über das Jahr 2013 in dann kommunaler Zuständigkeit fortgeführt würden.

Auf die Frage von Mitglied Bartels, wofür der Betrag von 123.000 € verwendet wird, teilt Herr Barfuß mit, dass sich der Förderungszeitraum auf das laufende Schuljahr bezieht. Der größere Teil entfalle auf Personalkosten, aber auch Projektkosten seien enthalten.

Mitglied Brockmann fragt an, ob eine Bescheinigung der Schule über die Notwendigkeit der Lernförderung zwingend erforderlich ist. Er sieht hier ein Hemmnis für die Antragsteller. Mitglied Schulte vertritt die Auffassung, dass ein gewisser Grad an Mitwirkung aus steuerfinanzierten Leistungen durchaus zuzumuten ist und sieht keine Gefahr darin, dass Lehrer Daten an Unbefugte weiter geben.

Die Vorsitzende bittet darum, für die nächste Sitzung eine Konzeption zu Lernförderung und Schulsozialarbeit vorzulegen, damit sich der Ausschuss auf den Tagesordnungspunkt vorbereiten kann. Herr Barfuß bietet an, sein derzeitiges Konzept der Niederschrift als Anlage beizufügen. Über die Vorgehensweise bei der Beantragung von Lernförderung soll in einer der nächsten Sitzungen berichtet, da dann mehr Erfahrungswerte vorliegen.

### **Beschlussvorschlag**

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

#### **5. Sachstandsbericht zum SGB II: Fallzahlen, Vermittlungen, Integrationsbudget, Schwerpunkte; (siehe auch Fragen des Ratsmitgliedes Nellissen) Vorlage: 07 - 15 0565/2011**

Herr Sterbenk erläutert die Vorlage. Zu dem im nächsten Jahr deutlich gekürzten Integrationsbudget führt er aus, dass hier bereits etliche Gelder für das nächste und das übernächste Jahr verplant sind, so dass keine großen Maßnahmen mehr möglich. Die in der Vorlage aufgeführten 410.000 € korrigiert er nach erfolgtem Telefonat mit dem Kreis Kleve auf 480.000 €, da aus Berlin die Kunde gekommen ist, dass die Mittel für das Integrationsbudget für 2012 etwas höher ausfallen. Aber auch mit 480.000 € sei nur eine noch gezieltere und punktuellere Förderung möglich. Das Job Center Emmerich werde sich verstärkt um junge Leute bis 25 Jahre kümmern.

Mitglied Bartels fragt nach, ob die um 2,8 % verringerten Fallzahlen nun auf dem ersten Arbeitsmarkt seien. Herr Sterbenk führt aus, dass der Großteil der Personen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, aufgrund von schlechter oder sogar fehlender Schul- und Berufsausbildung nicht auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Als Indiz hierfür führte er auf, dass seit dem 01.01.2005 400 Bedarfsgemeinschaften mit insgesamt 983 Personen durchgängig im SGB II-Bezug stehen.

Bürgermeister Diks macht deutlich, dass monatlich zwanzig bis dreißig Vermittlungen erfolgen, jedoch auch neue Anträge gestellt werden. Insgesamt werde vom Fachbereich 7 eine gute Vermittlungsarbeit geleistet, auch wenn nach elf Monaten per Saldo nur die Zahl 30 stehen bleibe.

Mitglied Bartels führt aus, dass er auch die Zahl 30 positiv sehe und dies ein guter Effekt sei.

Zur Aussage der Vorsitzenden, dass fast 800 Kinder bis 17 Jahre in den Bedarfsgemeinschaften sind, führt Herr Sterbenk aus, dass mit jedem Jugendlichen ab dem letzten Schuljahr seine Perspektive besprochen wird.

Auf eine Nachfrage von Mitglied Brockmann teilt Herr Sterbenk mit, dass auch Maßnahmen mit dem Theodor-Brauer-Haus und dem SOS-Kinderdorf betroffen sein werden. Auch Lohnkostenzuschüsse und die Förderung Selbständiger werde deutlich zurückgefahren.

Zu der von der Vorsitzenden angeregten Resolution des Rates gegen die Kürzung der Mittel teilt Herr Sterbenk mit, dass die Fristen bereits abgelaufen sind.

### **Beschlussvorschlag**

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

## **6. Bericht der Verwaltung zu den Apothekennotdiensten**

Der Apothekennotdienst kann nicht von allen Bevölkerungsschichten aus den unterschiedlichsten Gründen in Anspruch genommen werden. Über dieses Problem sollte der Ausschuss informiert werden, um Lösungsmöglichkeiten oder eine Optimierung auf den Weg zu bringen. Aufgrund der komplexen Sachlage konnten bis zum Sitzungstermin keine Ergebnisse präsentiert werden. Allerdings sollte die Problematik im Auge behalten werden. Mitglied Lorenz schlägt vor, in kleiner Runde das Thema erneut anzugehen. Mitglied Hövelmann regt an, Diskussionsansätze des Arbeitskreises Demografie mit aufzugreifen. Mitglied Meisters möchte die Seniorenvertretung beteiligt wissen. Die Anregungen werden aufgenommen. Der Ausschuss ist mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

Bürgermeister Diks weist darauf hin, dass keinerlei Zuständigkeit des Rates der Stadt Emmerich am Rhein gegeben sei. Er äußert Bedenken, dass im Falle einer Lösungsfindung die Kosten bei der Stadt Emmerich am Rhein bleiben. Die Vorsitzende erwidert, dass die Politik den städtischen Haushalt im Blick habe. Man solle sich aber Optimierungsmöglichkeiten nicht verschließen.

## **7. Mitteilungen und Anfragen**

Herr Sterbenk berichtet über den Stand zum Sozialticket. Unterlagen hierzu wurden in der Sitzung verteilt und sind auch der Niederschrift beigelegt.

Anfragen werden nicht gestellt.

**8. Einwohnerfragestunde**

Fragen werden nicht gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.10 Uhr.

46446 Emmerich am Rhein, den 11. November 2011

Ute Sickelmann  
Vorsitzende

Gisela Kohnen  
Schriftführerin